



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 27. Juli 2022

Protokoll

über die 5. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 04.07.2022
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Lindenhalle Wolfenbüttel, Halberstädter Straße 1a, 38300 Wolfenbüttel, Saal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

SPD-Fraktion

Bosse, Marcus

Eisenbarth, Bettina

Ganzauer, Oliver

Vorsitzender Kreistag

Graf, Frank

Hauptstein, Siegfried

Hensel, Falk

Kamphenkel, Marcel

Keye, Bernfried

Kloke, Paul

Koch, Harald

Vorsitzender SPD

Märtens, Julian

Stellv. Landrat

Meyn, Lennie

Resch-Hoppstock, Sabine

Scheffler, Malte

Serbest, Ann-Christin

CDU-Fraktion

Emmerich, Peter

Florek, Christiane

Glier, Andreas

Kanter, Heike

Löhr, Norbert

Meißler, Andreas

Müller, Karl - Heinz

Oesterhelweg, Frank

Plumeyer, Henning

Schäfer, Uwe
Wolff, Michael

Stellv. Landrat
Vorsitzender CDU

AfD-Fraktion

Bäumann, Andreas
Glinka, Jens
Pastewsky, Jürgen

Vorsitzender AfD

GRÜNE-Fraktion

Brücher, Bertold

Vorsitzender Bündnis90/Die
Grünen

Krause-Hotopp, Diethelm
Pröttel, Leonhard
Seigneur, Christel
Stuhlweißenburg-Siemens, Ulrike
Uminski-Schmidt, Angelika
Wagner-Judith, Christiane

bis TOP 14 anwesend

Stellv. Landrätin

FDP-Fraktion

Försterling, Björn
Otte-Kotulla, Bettina
Weitemeier, Max

Vorsitzender FDP

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko
Klooth, Kathrin
Retzki, Bernd
Volkers, Sven
Wilhelm, Andree
Bräuer, Marius

Erster Kreisrat
Dezernentin III
Kreisrat
Kreisbaurat
Pressesprecher
Protokollführer

Es fehlen:

Fischer, Wolfgang, Dr.
Bei der Wieden, Claudia, Dr.
Owczarek, André
Albinus, Martin
Deitmar, Reinhard
Lagosky, Uwe
Grabenhorst-Quidde, Sarah

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)

4. Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 25.04.2022
5. Anfragen
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§ 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)
6. Entlassung des Kreisbrandmeisters aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: XIX-0132/2022
7. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion: Zuschuss Trägerverein Freibad Schladen e.V.
Vorlage: XIX-0155/2022
8. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen: Tagesordnungspunkt "Asse" bei jeder Kreistagssitzung
Vorlage: XIX-0158/2022
9. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Anwenderfreundlichkeit und Transparenz im Kreistagsinformationssystem
Vorlage: XIX-0156/2022
10. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Rückholung der Abfälle aus der Schachanlage Asse II nicht allein der BGE überlassen
Vorlage: XIX-0157/2022
11. Neue Entwicklung bei der Vermittlung von Hebammen – Einführung der HEDI – App
Vorlage: XIX-0136/2022
12. Rezertifizierung des Landkreises Wolfenbüttel als fahrradfreundliche Kommune
Vorlage: XIX-0118/2022
13. Aufnahme von Geflüchteten – Maßnahmen zur sprachlichen Integration und Unterstützung
Vorlage: XIX-0125/2022
14. Kreismagazin – Vorstellung des Konzepts
Vorlage: XIX-0126/2022
15. Evaluation zur Nutzung des Sozialtickets für den Zeitraum vom 01.08.2018 bis 31.12.2021
Vorlage: XIX-0127/2022
16. Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen
Vorlage: XIX-0141/2022
17. Ernennung des Kreisbrandmeisters des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0133/2022
18. Ernennung des Abschnittsleiters sowie des stellvertretenden Abschnittsleiters für den Brandschutzabschnitt West
Vorlage: XIX-0134/2022
19. Antrag der SPD-Fraktion - Digitales Bürgerportal - Benutzerfreundlichkeit

Vorlage: XIX-0121/2022/1

20. Ankauf des Teileigentums Nr. 1 im Erdgeschoss der Dietrich-Bonhoeffer-Straße 8 in Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0139/2022
21. Jahresabschlussbericht 2021
Vorlage: XIX-0131/2022
22. Änderung der Satzung des Landkreis Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz, Verdienstausfall und Reisekosten
Vorlage: XIX-0123/2022
23. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit den Samtgemeinden Baddeckenstedt und Oderwald zum 01.08.2022 zur Nutzung der gemeinsamen Zentralen Vergabestelle im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: XIX-0137/2022
24. Jahresabschlussprüfung 2021 Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0146/2022
25. Teilnahme Zukunftsregion SüdOstNiedersachsen
Vorlage: XIX-0150/2022
26. Annahme von Sachspenden durch den Kreistag
Vorlage: XIX-0142/2022
27. Annahme von Spenden über 2.000 € für die Ukrainehilfe
Vorlage: XIX-0154/2022
28. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)
29. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 18, 5 i GO)

Nichtöffentliche Sitzung:

30. Einstellungen, Ernennungen, Eingruppierungen, Entlassungen und Versetzungen sowie Sonderurlaub vom 01.07.2021 bis 31.12.2021
Vorlage: XIX-0112/2022
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Ganzauer eröffnet um 17:05 Uhr die 5. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Herr Ganzauer gibt an, dass die Kreistagsabgeordneten Bei der Wieden, Fischer, Albinus, Deitmar, Lagosky, Grabenhorst-Quidde und Owczarek entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)

Herr Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)

Herr Ganzauer fragt nach Änderungen zur Tagesordnung. Er erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 16 auf 6 vorgezogen werden soll. Die weiteren Punkte ändern sich in der Nummerierung entsprechend. Die Tagesordnung wird mit der vorgenannten Änderung vom Kreistag einstimmig genehmigt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 25.04.2022

Herr Ganzauer bittet um Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 25.04.2021.

Das Protokoll über die 4. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 25.04.2022 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Anfragen

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§ 18 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)

Herr Ganzauer bittet um Anfragen der Kreistagsmitglieder.

Herr Müller stellt eine Anfrage zu Rückforderungen im Bereich der der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die dem Protokoll als Anlage 1 inklusive der im Kreistag gegebenen Antworten beigefügt ist.

Herr Müller gibt an, dass es einen Fall gebe, bei dem nach vier Monaten kein Bescheid erteilt wurde. In diesem Fall verschulde sich derjenige bzw. diejenige, obwohl er oder sie es nicht zu verantworten habe.

Frau Steinbrügge bittet darum, den konkreten Fall der Kreisverwaltung mitzuteilen, damit man reagieren könne.

Herr Krause-Hotopp stellt eine Anfrage zur Warne, die dem Protokoll als Anlage 2 inklusive der im Kreistag gegebenen Antworten beigefügt ist.

Herr Volkers ergänzt, dass im Fachausschuss eine zusätzliche Erläuterung erfolgen werde.

Herr Löhr stellt eine Anfrage zur Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich der Rhener Kurve, die dem Protokoll als Anlage 3 inklusive der im Kreistag gegebenen Antworten beigefügt ist.

Herr Löhr dankt für die Antworten, weist aber darauf hin, dass die Beschilderung noch einmal überprüft werden sollte. In Richtung Hildesheim sei keine Beschilderung mit 100 km/h bekannt, vielmehr gebe es Schilder mit 50 km/h und 30 km/h, letzteres seit kurzem mit Zusatzschild „werktags 7:00 – 17:00 Uhr“.

Anmerkung der der Verwaltung:

Eine Beschilderung mit 100 km/h ist nicht vorhanden, da es sich hier um die allgemein zulässige Höchstgeschwindigkeit außerhalb geschlossener Ortschaften handelt. Im Zuge der Baustellenausfahrt erfolgt während der Bautätigkeiten die Reduzierung zunächst auf 50 km/h und dann auf 30 km/h. Letzteres seit kurzem mit dem benannten Zusatzschild. Diese Schilder sollen außerhalb der Bauzeiten umgedreht werden, so dass dann 100 km/h zulässig sind. Es wird kurzfristig geprüft, ob das Zusatzschild „werktags 07:00 – 17:00 Uhr“ mangels Erforderlichkeit entfernt werden kann.

Herr Weitemeier stellt folgende Anfrage:

In seiner Sitzung am 07.02.2022 hat die FDP-Kreistagsfraktion zur Haushaltssatzung 2022 (XIX-0019/2021) beantragt, dass die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung die Möglichkeit erhalten, Coworking-Angebote im Landkreis Wolfenbüttel zu nutzen und dafür im Haushaltsjahr 2022 Mittel in Höhe von 25.000 € in den Haushalt eingestellt werden. Diesem Änderungsantrag ist der Kreistag einstimmig gefolgt. Die Haushaltssatzung wurde mehrheitlich beschlossen.

1. Wie hat die Verwaltung beziehungsweise plant diesen umzusetzen?
2. Wann und wie wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Möglichkeit informiert, dass sie auf Kosten des Landkreises Coworking-Spaces nutzen können?
3. In welchen Coworking-Spaces wurden Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebucht, reserviert bzw. werden für diese vorgehalten?
4. Wie arbeitet der Landkreis mit dem Coworking-Space bei der Umsetzung des Beschlusses zusammen?

Herr Beddig antwortet, dass die Kreisverwaltung sich stets in der Pflicht sehe, die Beschlüsse des Kreistags umzusetzen. Der Antrag sei zwar im Februar erfolgt, aufgrund der Freiwilligkeit der Leistung musste zunächst die Haushaltsgenehmigung der Kommunalaufsicht abgewartet werden. Weiterhin habe die Priorität darin bestanden, den Beschäftigten mobiles Arbeiten zu ermöglichen.

1. Vor diesem Hintergrund ist eine Umsetzung bisher nicht erfolgt. Es solle jedoch ein Pilotprojekt mit der CoWorkLand-Genossenschaft gestartet werden. Die CoWorkLand-Genossenschaft befasse sich bundesweit mit der Gründung und Betreuung von Co-Working-Spaces. Grundlage für ein Angebot an die Beschäftigten des Landkreises könnte eine Kooperation mit CoWorkLand für ein zeitlich befristetes Angebot sein. CoWorkLand würde sich um die organisatorischen Aufgaben kümmern und die Verwaltung müsse keine größeren Personalressourcen einbringen. Problematisch sei dabei, dass sich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht jeder Arbeitsplatz für Co-Working eignet. Der Arbeitgeber trage dafür die Verantwortung. Weiterhin müssten Regelungen für die Inanspruchnahme geschaffen werden, zum Beispiel kürzere Wege im Vergleich zum Arbeitsplatz in der Kreisverwaltung.
2. Die Mitarbeitenden seien dementsprechend noch nicht informiert. Dies erfolge zur gegebenen Zeit über das Intranet. Man werde zunächst Erfahrungen aus dem geplanten Projekt auswerten.
3. Bisher könnte lediglich ein CoWorking-Space in Schöppenstedt genutzt werden, bei der 25 Euro pro Tag pro Person anfallen würden. Eine Buchung könnte über CoWorkLand erfolgen.
4. Die Verwaltung arbeitet, wie unter den vorgenannten Punkten ausgeführt, an der Umsetzung.

Herr Oesterhelweg berichtet, dass dem MTV Jahn Schladen keine Halle während der gesamten Sommerferien (14.07. – 24.08.22) zur Verfügung stehe. Hintergrund sei, dass in der Zeit vom 14.07. – 31.07.22 die Hallen aufgrund von Reinigungsarbeiten gesperrt sind. Für den Zeitraum vom 01.08. – 24.08.22 hätte der Verein 3x pro Woche eine Reinigungspauschale zahlen müssen, die für den Verein zu teuer sei. Für ihn sei diese Vorgehensweise unverständlich.

Herr Beddig antwortet, dass der Verein gemäß den Richtlinien des Landkreises den Antrag auf Nutzung während der Sommerferien gestellt habe. Die Nutzung sei in dieser Zeit nur auf Antrag möglich, da regelmäßig Grundreinigungen oder bauliche Sanierungen stattfinden. Grundsätzlich werden drei Wochen festgelegt, in denen die Reinigungsfirma ihre Arbeiten durchführt. Die Firma brauche zwar nicht die gesamten drei Wochen, könne jedoch den eigenen Personaleinsatz nicht genauer planen. Um eine saubere Halle zu gewährleisten, müsse eine Reinigungspauschale in Höhe von 19,50 Euro den Vereinen in Rechnung gestellt werden. In dem konkreten Fall wurde der Verein darüber in Kenntnis gesetzt. Der Verein habe daraufhin Abstand von der Nutzung genommen.

Herr Schäfer fragt an, wo die von der CDU-Fraktion beantragten Lärmdisplays im Verkehr aufgestellt seien.

Herr Volkers erklärt, dass die Lärmdisplays noch nicht montiert seien. Die Förderung habe die Kreisverwaltung nicht wie geplant erhalten. Man eruiere weitere Fördermöglichkeiten.

Frau Resch-Hoppstock fragt nach dem Sachstand zur Umsetzung des Antrags zur Verbesserung der Pflegesituation.

Herr Retzki antwortet, dass ein Pflege- und Hauswirtschaftseinführungsgrundkurs vom 12.08. – 11.10.2022 geplant sei. Die Kosten belaufen sich auf 3.600 € pro Kurs. Es sollen fünf weitere Kurse folgen. Am 15.07. findet eine Veranstaltung der Grotjahn-Stiftung statt, bei der die Einzelheiten und die Organisation des Kurses besprochen werden. Herr Bloemke ist dort Ansprechpartner. Es gebe insgesamt 24 Interessenten, darunter 10 aus dem stationären Bereich, eine Person aus der Tagespflege, fünf Personen aus dem ambulanten Bereich sowie 6 Personen vom Jobcenter. Weiterhin werde mit den Einrichtungen geklärt, inwieweit auch Praktika angeboten werden können. Zur Anwerbung ausländischer Pflegekräfte gab es im Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit einen Vortrag zur Wahrnehmung dieser Aufgaben durch die Bundesagentur für Arbeit. Die Situation der Pflege insgesamt werde durch den Pflegebericht und in den Pflegekonferenzen thematisiert.

Herr Meyn zeigt sich unzufrieden mit der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage von Herrn Weitemeier. Er frage sich, wie viele weitere Anträge von der Verwaltung noch nicht umgesetzt sind. Zudem halte er es für bedenklich und rechtlich unzulässig, dass die Verwaltung Anträge auf „Abstellgleise“ setze. Der Hinweis auf die Kommunalaufsicht sei keine ausreichende Begründung.

Frau Steinbrügge kann die Äußerung von Herrn Meyn nicht nachvollziehen und betont, dass es nicht darum gehe, ob der Kreisverwaltung ein Antrag gefalle oder nicht. Herr Beddig habe umfangreich zur Anfrage von Herrn Weitemeier berichtet. Man habe den Antrag der FDP sehr wohl aufgenommen.

Herr Beddig fügt hinzu, dass in der vorläufigen Haushaltsführung nur die gesetzlichen Aufgaben erledigt werden dürfen. Bei dem Co-Working Antrag handele es sich um eine freiwillige Leistung.

Herr Meyn fragt an, warum für die Ukrainehilfe schon Mittel ausgezahlt wurden. Schließlich sei die Spende ebenfalls eine freiwillige Leistung gewesen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel einschließlich der Kreditermächtigungen für das Haushaltsjahr 2022 ist am 10. Mai 2022 aufsichtsbehördlich genehmigt worden und trat nach der öffentlichen Auslegung des Haushaltsplanes am 2. Juni 2022 in Kraft.

*Der genannte Antrag „Co-Working“ wurde zum Haushaltsbeschluss 2022 gestellt. Die Mittel standen erst nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung zur Verfügung.
Die Spende zur Ukrainehilfe wurde aus den Mitteln des Corona-Sonderbudgets 2021 und somit aus Haushaltsresten 2021 getätigt. Diese Mittel wurden mit dem Haushalt 2021 genehmigt.
Daher konnte die freiwillige Leistung „Ukrainehilfe“ bereits vor der Haushaltsgenehmigung ausgezahlt und umgesetzt werden. Die Spende für die Ukrainehilfe wurde im März je zur Hälfte an die großen Aktionsbündnisse ARD und ZDF überwiesen.*

Herr Löhr berichtet, dass auf Landesebene derzeit diskutiert werde, ob die Förderschule Lernen weitergeführt werden solle. Viele Eltern würden eine Weiterführung befürworten. Er fragt an, wie die Landrätin dazu stehe.

Frau Steinbrügge antwortet, dass diese Diskussionen verfolgt werden. Sie habe eine geteilte Meinung dazu. Den Ansatz der Inklusion, dass alle Kinder in einer Regelschule geschult werden, finde sie richtig. Jedoch seien die notwendigen Ressourcen dafür noch nicht überall vorhanden.

TOP 6 Entlassung des Kreisbrandmeisters aus dem Ehrenbeamtenverhältnis Vorlage: XIX-0132/2022

Herr Brücher erläutert die Vorlage.

Herr Ganzauer dankt Herrn Thureau persönlich für seine langjährige Tätigkeit in der Kreisfeuerwehr des Landkreises und wünscht ihm viel Erfolg.

Frau Steinbrügge verabschiedet Herrn Thureau und dankt ihm für sein großes Engagement im Landkreis Wolfenbüttel. Er habe einige wichtige Projekte im Bereich der Kreisfeuerwehr umgesetzt, wie etwa die Neugliederung der Kreisfeuerwehrebereitschaften Ost und West oder die Vereinbarung zum Gefahrgut-Einsatzverbund mit den kreisangehörigen Kommunen.

Frau Steinbrügge betont die Wichtigkeit der freiwilligen Feuerwehren im Hinblick auf die Gefahrenabwehr. Den ehrenamtlich Tätigen werde viel Einsatz abverlangt. Herr Thureau habe viele Führungspositionen der Feuerwehr durchlaufen und diese mit viel Energie und hoher Motivation ausgefüllt. Für seine neue Aufgabe als Regierungsbrandmeister wünsche sie ihm einen guten Start und viel Erfolg. Im Namen des Kreistags dankt sie noch einmal ausdrücklich für den großen Einsatz und die Tatkraft mit der Herr Thureau das Amt als Kreisbrandmeister ausgefüllt hat.

Herr Thureau dankt für die netten Worte. Es sei ihm eine Ehre gewesen, acht Jahre für die Kreisfeuerwehr tätig zu sein. In dieser Zeit sei einiges auf den Prüfstand gestellt und innerhalb der Feuerwehr verändert worden. Die letzten beiden Jahren seien vor dem Hintergrund der Pandemie nicht leicht gewesen. Es kämen mehr Katastrophenlagen hinzu, so dass man weiterhin daran arbeiten müsse, die Feuerwehr so gut wie möglich aufzustellen. Die Feuerwehr sei ein wichtiger Baustein für die Sicherheit im Landkreis. Er hätte gerne seinen Nachfolger begrüßt; wünscht ihm viel Erfolg und gutes Gelingen. Er dankt abschließend für das entgegengebrachte Vertrauen in den letzten Jahren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Kreisbrandmeister Tobias Thureau wird mit Ablauf des 30. Juni 2022 von der Funktion des Kreisbrandmeisters entbunden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis entlassen.

**TOP 7 Antrag der AfD-Kreistagsfraktion: Zuschuss Trägerverein Freibad Schladen e.V.
Vorlage: XIX-0155/2022**

Herr Glinka erläutert den Antrag.

Herr Märtens spricht sich gegen den Antrag aus. Er erklärt, dass es Hinweise gebe, dass der Trägerverein den Zuschuss nicht annehmen wolle. Außerdem stehen der Werla-Schule über das Schulbudget Mittel zur Verfügung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Annahme und Überweisung an einen Fachausschuss des Antrages der AfD-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.

**TOP 8 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen:
Tagesordnungspunkt "Asse" bei jeder Kreistagssitzung
Vorlage: XIX-0158/2022**

Herr Brücher erläutert den Antrag.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XIX-0158/2022 ergibt, wird angenommen und an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft überwiesen.

**TOP 9 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Anwenderfreundlichkeit und
Transparenz im Kreistagsinformationssystem
Vorlage: XIX-0156/2022**

Herr Weitemeier erläutert den Antrag.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XIX-0156/2022 ergibt, wird angenommen und an den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal überwiesen.

**TOP 10 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Rückholung der Abfälle aus der Schachtanlage Asse II nicht allein der BGE überlassen
Vorlage: XIX-0157/2022**

Herr Försterling erläutert den Antrag.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XIX-0157/2022 ergibt, wird angenommen und an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft überwiesen.

**TOP 11 Neue Entwicklung bei der Vermittlung von Hebammen – Einführung der HEDI – App
Vorlage: XIX-0136/2022**

Frau Kanter erläutert die Vorlage.

Herr Wolff gibt an, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich keine inhaltlichen Bedenken habe, dennoch sei man dafür, dass die Kreisverwaltung vor der Ausgabe der Mittel Gespräche mit den im Landkreis niedergelassenen Hebammen führen solle. Daher stellt die CDU Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Beschlussempfehlung des Fachausschusses und des Kreisausschusses wird wie folgt ergänzt:

Vor der Verausgabung der 11.000 Euro für die App führt die Landkreisverwaltung mit den niedergelassenen Hebammen im Landkreis Gespräche zur Verbesserung der Versorgung der Schwangeren und berichtet in der nächsten Sitzung des Fachausschusses.

Frau Wagner-Judith findet den Vorschlag weitere Gespräche zu führen sinnvoll und befürwortet den Änderungsantrag.

Herr Försterling bittet darüber hinaus, auch nach der Geburt einen Kontakt über die App zu ermöglichen und sicherzustellen.

Frau Serbest betont die Wichtigkeit der Hebammen für werdende Mütter. Es sei nicht leicht, eine passende Hebamme zu finden. Die App biete dafür eine gute Unterstützung. Das gesamte Angebot sei gut durchdacht und eine zusätzliche persönliche Beratung runde das Angebot ab.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Mittel, die lt. Kreistagsbeschluss vom 07.02.2022 (Vorlage-Nr. XIX-0043/2021) für den Betrieb einer gemeinsamen Hebammenzentrale eingestellt wurden, werden zunächst für den Zeitraum von zwei Jahren für die Anwendung der HEDI – App genutzt.
2. Zur verbesserten Hebammenversorgung werden weitere Gespräche über die Beteiligung an der Hebammenzentrale und mit dem Klinikum Wolfenbüttel geführt.

3. Vor der Verausgabung der 11.000 Euro für die APP führt die Landkreisverwaltung mit den niedergelassenen Hebammen im Landkreis Gespräche zur Verbesserung der Versorgung der Schwangeren und berichtet in der nächsten Sitzung des Fachausschusses.

**TOP 12 Rezertifizierung des Landkreises Wolfenbüttel als fahrradfreundliche
Kommune
Vorlage: XIX-0118/2022**

Herr Löhr erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Beantragung der Rezertifizierung des Landkreises Wolfenbüttel als fahrradfreundliche Kommune beim Land Niedersachsen wird zugestimmt.

**TOP 13 Aufnahme von Geflüchteten – Maßnahmen zur sprachlichen
Integration und Unterstützung
Vorlage: XIX-0125/2022**

Frau Resch-Hoppstock erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. In der Abteilung 410, Volkshochschule, werden 5 Vollzeitstellen befristet vom 01.01.2023 - 31.12.2025 für Dozentinnen und Dozenten im Bereich Deutsch als Zweitsprache weitergeführt.
Zusätzlich werden 5 befristete Vollzeitstellen für Dozentinnen und Dozenten im Bereich Deutsch als Zweitsprache eingerichtet, abhängig vom Umfang der Kursnachfrage bis längstens 31.12.2025.
2. In der Abteilung 413, Verwaltung, wird eine Vollzeitstelle vom 01.01.2023 - 31.12.2025 für die administrative Bearbeitung von Integrations- und Deutsch-Sprachförderkursen weitergeführt.
3. In der Abteilung 410 wird eine 0,75 Stelle Sprachkoordination befristet eingerichtet, je nach Entwicklung der Bedarfe bis längstens 31.12.2025.

Den weiteren Maßnahmen, wie in der Vorlage dargestellt, wird zugestimmt.

**TOP 14 Kreismagazin – Vorstellung des Konzepts
Vorlage: XIX-0126/2022**

Frau Resch-Hoppstock erläutert die Vorlage.

Herr Koch dankt Frau von Anshelm für die Ausarbeitung des Konzeptes. Die SPD-Fraktion sei zu dem Ergebnis gekommen, dass 200.000 € an freiwilligen Leistungen jährlich zu hoch seien. Die

aktuellen Pflichtaufgaben, wie zum Beispiel der Katastrophenschutz, Brandschutz und Klimaschutz, seien vorrangig zu bearbeiten. Die SPD-Fraktion werde daher nicht zustimmen.

Herr Wolff erklärt, dass der Ursprungsantrag zu diesem Projekt aus 2017 stamme. Die Umsetzung habe einige Zeit in Anspruch genommen und man stehe nun einer finanziellen Aufgabe gegenüber. Er spricht sich dafür aus, die Geschichte und Kultur des Landkreises mit Hilfe des Konzepts zu unterstützen. Herr Wolff begrüßt die positive Äußerung des Geoparks zu diesem Projekt. An einigen Stellen bestehe jedoch Ergänzungsbedarf. Daher stelle die CDU-Kreistagsfraktion einen Änderungsantrag (*als Anlage 4 dem Protokoll beigefügt*). Herr Wolff stellt den Änderungsantrag vor.

Herr Brücher berichtet, dass es in der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterschiedliche Meinungen gibt. Zum einen sei die Heimatpflege wichtig, andererseits sei der Betrag i. H. v. 200.000 € hoch und man könne nicht garantieren, dass die Kosten in den kommenden Jahren nicht steigen. Daher werde die Fraktion unterschiedlich abstimmen.

Herr Försterling steht dem Projekt kritisch gegenüber. Ihm fehle im Konzept eine Eingrenzung der Dokumente auf Originale. Er respektiert die Tätigkeiten der ehrenamtlichen Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger und dankt für deren Arbeit. Dieses Projekt sei finanziell aber nicht realisierbar. Man müsse andere Wege der Wertschätzung der Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger finden.

Herr Pastewsky deutet an, dass die AfD-Kreistagsfraktion gegen das Konzept stimmen werde.

Herr Krause-Hotopp spricht sich für die Umsetzung des Konzepts aus. Er finde es wichtig, die Geschichte zu wahren. Wer sich mit der lokalen Geschichte befasse, könne daraus lernen. Er halte es für sinnvoll, das Konzept fortzuführen.

Herr Oesterhelweg schließt sich der Ansicht von Herrn Krause-Hotopp an. Er halte die Heimatpflege für wichtig. Insbesondere die kleinen Sammelstücke, die wichtig für eine Dorfgeschichte sind, würden ohne ein entsprechendes Archiv verloren gehen. Die Aufgabe sei zwar eine freiwillige Leistung, dennoch bestehe eine moralische Pflicht zur Wahrnehmung der Heimatpflege. Er gibt zu bedenken, dass ohne die ehrenamtlichen Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger eines Tages Geschichte in Form der kleinen Sammlungen verloren gehe, wenn solche Projekte nicht unterstützt werden.

Frau Steinbrügge berichtet zur Historie des Projektes, dass der Antrag der CDU-Fraktion 2017 eingebracht wurde. Nach einigen vorbereitenden Workshops startete in 2019 eine zweijährige Pilotphase des Projektes, die wegen Personalfuktuation verlängert wurde. Im Verwaltungsrat des Eigenbetriebes Bildungszentrum wurde neun Mal über die Fortschritte des Projektes berichtet. Sie hält die vorliegende Skizze für ein überzeugendes Konzept, das über „Bewahrung“ hinausgeht. Frau Steinbrügge plädiert dafür, das Projekt weiter zu konkretisieren.

Herr Plumeyer gibt den Hinweis, dass man so günstig, wie hier geplant, in Zukunft Gebäude nicht mehr erwerben kann. Er ist der Ansicht, die Verwaltung habe das Projekt finanziell gut kalkuliert. Jetzt das Projekt zu beenden sei ein Fehler.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Kreistag lehnt die Beschlussempfehlung laut Vorlage XIX-0126/2022 sowie den gestellten Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion zu diesem Tagesordnungspunkt ab.

**TOP 15 Evaluation zur Nutzung des Sozialtickets für den Zeitraum vom
01.08.2018 bis 31.12.2021
Vorlage: XIX-0127/2022**

Herr Pröttel verlässt die Sitzung.

Frau Eisenbarth erläutert die Vorlage. Sie spricht sich für die Weiterführung dieser Maßnahme aus.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag folgende

Kenntnisnahme:

Die Evaluation zur Nutzung des Sozialtickets wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 16 Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und
Realschulen
Vorlage: XIX-0141/2022**

Herr Märtens erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen wird gemäß § 10 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) gemäß Anlage 1 beschlossen.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen vom 16.01.2019, gültig ab 01.08.2019, außer Kraft.

**TOP 17 Ernennung des Kreisbrandmeisters des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0133/2022**

Herr Brücher erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Herr Abschnittsbrandmeister Florian Graf, wohnhaft in Wolfenbüttel, wird mit Wirkung der Aushändigung der Entlassungsurkunde von der Funktion des Abschnittsleiters entbunden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis entlassen.
2. Herr Graf wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Kreisbrandmeister für den Landkreis Wolfenbüttel ernannt.

**TOP 18 Ernennung des Abschnittsleiters sowie des stellvertretenden Abschnittsleiters für den Brandschutzabschnitt West
Vorlage: XIX-0134/2022**

Herr Brücher erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Erste Hauptbrandmeister Alexander Steek, wohnhaft in Groß Flöthe, wird mit Wirkung der Aushändigung der Entlassungsurkunde von der Funktion des stellvertretenden Abschnittsleiters West entbunden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis entlassen.
2. Herr Steek wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Abschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt West und gleichzeitig zum Stellvertreter des Kreisbandmeisters für den Brandschutzabschnitt West ernannt.
3. Der Erste Hauptbrandmeister Daniel Zalesinski, wohnhaft in Gielde, wird mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde für höchstens 2 Jahre zum kommissarischen stellvertretenden Abschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt West ernannt.

**TOP 19 Antrag der SPD-Fraktion - Digitales Bürgerportal - Benutzerfreundlichkeit
Vorlage: XIX-0121/2022/1**

Herr Glier erläutert die Vorlage.

Herr Meyn befürwortet die Empfehlung des Kreisausschusses. Der Landkreis sollte über ein nutzerfreundliches Serviceportal verfügen. Dadurch würde die Akzeptanz und die Nutzerzahl erhöht werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich bei 11-Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Zur Verbesserung von Nutzerfreundlichkeit und Akzeptanz wird die Verwaltung beauftragt, über das Bildungszentrum ein Angebot zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Weiterentwicklung des Serviceportals zu etablieren.

**TOP 20 Ankauf des Teileigentums Nr. 1 im Erdgeschoss der Dietrich-Bonhoeffer-Straße 8 in Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0139/2022**

Herr Glier erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel erwirbt das Teileigentum Nr. 1 im Erdgeschoss der Dietrich-Bonhoeffer-Straße 8 in Wolfenbüttel zum Betrag von 610.000 Euro zuzüglich des bestehenden Anteils an der Instandhaltungsrücklage des Verkäufers zum Stichtag des Verkaufs (Stand 31.12.2021: 53.287,45 €) vom Deutschen Roten Kreuz Kreisverband Wolfenbüttel e. V. (DRK) zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

TOP 21 Jahresabschlussbericht 2021 Vorlage: XIX-0131/2022

Herr Glier erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Jahresabschlussbericht zum 31.12.2021 des Landkreises Wolfenbüttel, bestehend aus
I Finanzbericht zum 31.12.2021
II Bericht zur unterjährigen Personalentwicklung,
wird zur Kenntnis genommen.

TOP 22 Änderung der Satzung des Landkreis Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz, Verdienstausschlag und Reisekosten Vorlage: XIX-0123/2022

Herr Glier erläutert die Vorlage.

Herr Koch stellt den Antrag, dass zusätzlich zur Beschlussempfehlung aus dem Kreisausschuss § 2 Abs. 5 um Satz 3 erweitert wird:

Den in Satz 1 genannten Personenkreise wird zusätzlich zum Sitzungsgeld eine Pauschale von 5 € pro Sitzung gewährt, sofern sie ihre Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form erhalten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Herr Müller kann einer Verdopplung nicht zustimmen. Er frage sich, warum die SPD-Fraktion in diesem Fall spendabel sei, aber den Beschluss bezüglich des Konzepts für das Kreismagazin abgelehnt habe.

Herr Pastewsky erklärt, dass die AfD-Fraktion dagegen stimmen werde. Seiner Ansicht nach sei der Betrag unangemessen.

Frau Wagner-Judith befürwortet, dass diejenigen unterstützt werden, die sich aktiv in die Kreispolitik einbringen. Es gehe hier um Gerechtigkeit, daher sei eine Erhöhung sinnvoll. Auch der Anreiz auf den Postversand zu verzichten, sei zielführend.

Herr Försterling ist gegen eine Verdopplung des Sitzungsgeldes. Er könne nicht nachvollziehen, wo die Unterschiede zum Kreistagsmitglied bestehen. Die beratenden Mitglieder müssten dann an allen Fraktionssitzungen teilnehmen und nicht nur bei einer Partei. Auch die regelmäßige Dauer der Sitzungen rechtfertige nicht den Erhöhungsbetrag.

Herr Brücher merkt an, dass auch andere Funktionen gesondert in der Satzung geregelt werden. Er halte die Erhöhung des Sitzungsgeldes für angemessen.

Frau Resch-Hoppstock spricht sich dafür aus, die ehrenamtliche Tätigkeit der beratenden Mitglieder entsprechend zu würdigen. Sie hält eine Steigerung des Sitzungsgeldes für vertretbar.

Herr Löhr verdeutlicht, dass die beratenden Mitglieder nur für ihre Funktion im Fachausschuss ein Sitzungsgeld bekommen. Dies sei vom Gesetzgeber bewusst so vorgesehen. Die Teilnahme an Fraktionssitzungen sei grundsätzlich nicht vorgesehen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die der Vorlage XIX-0123/2022 beigefügte Satzung des Landkreis Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz, Verdienstaufschlag und Reisekosten wird mit folgender Änderung beschlossen:

In § 2 Abs. 5 Satz 1 wird der Betrag von 39 Euro geändert in 78 Euro.

§ 2 Abs. 5 wird um Satz 3 erweitert:

Den in Satz 1 genannten Personenkreis wird zusätzlich zum Sitzungsgeld eine Pauschale von 5 € pro Sitzung gewährt, sofern sie ihre Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form erhalten.

TOP 23 Abschluss einer Zweckvereinbarung mit den Samtgemeinden Baddeckenstedt und Oderwald zum 01.08.2022 zur Nutzung der gemeinsamen Zentralen Vergabestelle im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit Vorlage: XIX-0137/2022

Herr Glier erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Landrätin wird ermächtigt, aufgrund des § 1 Abs. 1 Nr. 3 sowie der §§ 5, 6 und 20 des Nds. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) mit den Samtgemeinden

Baddeckenstedt und Oderwald jeweils eine Zweckvereinbarung zur Nutzung der gemeinsamen Zentralen Vergabestelle des Landkreises Wolfenbüttel mit Wirkung zum 01.08.2022 abzuschließen.

**TOP 24 Jahresabschlussprüfung 2021 Wirtschaftsbetriebe Landkreis
Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0146/2022**

Herr Meyn erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Der mit Prüfbericht der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2021 des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel und der Lagebericht werden festgestellt.
- 2) Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2021 der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von insgesamt 311.769,58 € wird wie folgt verwendet:
 - Der Jahresüberschuss des Teilbetriebes Abfallwirtschaft in Höhe von 38.400,00 € wird gem. § 12 Abs. 4 Eigenbetriebsverordnung als Eigenkapitalverzinsung an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.
 - Der Jahresgewinn des Teilbetriebes Tiefbau in Höhe von 12.336,67 € wird an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.
 - Der Jahresüberschuss des Teilbetriebes Breitband in Höhe von 261.032,91 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
- 3) Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel wird gem. § 35 Eigenbetriebsverordnung für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

**TOP 25 Teilnahme Zukunftsregion SüdOstNiedersachsen
Vorlage: XIX-0150/2022**

Herr Märtens erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 7 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel ist Partner der Zukunftsregion SüdOstNiedersachsen, die in Zusammenarbeit mit den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg, den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel sowie der Allianz für die Region GmbH und dem Regionalverband Großraum Braunschweig erarbeitet wurde.
2. Die Stadt Braunschweig wird bevollmächtigt, die Funktion als Lead-Partner wahrzunehmen und rechtlich verbindliche Willenserklärungen diesbezüglich abzugeben.
3. Für das im Programm Zukunftsregionen vom Land Niedersachsen vorgegebene Regionalmanagement beteiligt sich der Landkreis Wolfenbüttel in den Jahren 2023 bis 2028

- jährlich mit bis zu 11.250 Euro an der Kofinanzierung.
4. Die Verwaltung wird beauftragt in den Arbeitskreisen der Zukunftsregion SüdOstNiedersachsen mitzuwirken und sich gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern an der Erarbeitung von Projekten zu beteiligen. Für die Teilnahme an Projekten und der Kofinanzierung sind gesonderte Beschlüsse der politischen Gremien einzuholen.

**TOP 26 Annahme von Sachspenden durch den Kreistag
Vorlage: XIX-0142/2022**

Frau Wagner-Judith erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Spende der Firma GS Gabelstapler Service im Wert von 4.000 € wird angenommen.

**TOP 27 Annahme von Spenden über 2.000 € für die Ukrainehilfe
Vorlage: XIX-0154/2022**

Herr Schäfer erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Spenden zur Ukrainehilfe laut anliegender Liste zur Vorlage XIX-0154/2022 werden durch den Kreistag angenommen.

**TOP 28 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit
Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)**

Frau Steinbrügge berichtet, dass die BGE am 17. März den Antrag auf Durchführung eines Raumordnungsverfahren beim ML gestellt habe. Das ML hat mit Erlass vom 06.04. das ArL mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt. Mit Schreiben vom 14.06. hat das ArL zu einer Antragskonferenz am 11.07.2022 eingeladen, zu der auch die Asse-2-Begleitgruppe eingeladen ist. Die Konferenz soll dazu dienen, den Inhalt und Umfang der Verfahrensunterlagen festzulegen sowie den Verfahrensablauf und den Zeitrahmen des Raumordnungsverfahrens zu klären.

Die A2B wird die Möglichkeit nutzen, ihre Erwartung zu einem Vergleich auch mit assefernen Standorten für das Zwischenlager zu formulieren. Nach § 15 Abs 1 Satz 3 Raumordnungsgesetz sollen auch ernsthaft in Betracht kommende Alternativen geprüft werden. Darum habe sich die BGE bisher nicht bemüht; es wurden nur assenahe Standorte untersucht.

Der Bundesgesetzgeber beabsichtigte mit der Novelle des Raumordnungsgesetzes in 2017 die Objektivität zu erhöhen und das Vertrauen in die Entscheidungen der Behörden zu stärken. Auch aufgrund ihrer Bindung an das Rechtsstaatsprinzip sei die BGE dazu verpflichtet, dem ArL Unterlagen über alternative Standorte vorzulegen. Dies werde in der Antragskonferenz kommentiert und mit Argumenten unterfüttert. Das Raumordnungsverfahren endet mit einer landesplanerischen

Feststellung und ist nicht unmittelbar rechtsverbindlich. Eine gerichtliche Überprüfung könne nur im Zusammenhang mit den folgenden Genehmigungsverfahren erfolgen.

Weiterhin erklärt sie, dass die A2B eine Stellungnahme zum Bericht des Bundesumweltministeriums zum Fortgang des Projektes Asse 2 im Haushaltsausschuss des Bundestages abgegeben habe. Dieser Bericht wird am Mittwoch im Haushaltsausschuss behandelt werden. Auch in diesem Bericht wird ein assenaher Standortvergleich ohne weitere Kommentierung vorausgesetzt.

Es gibt immer noch keine Reaktion von Seiten der BGE und des BMUV auf die Ergebnisse des Expertenberichts und die Erwartung an einen Standortvergleich auch mit assefernen Standorten. Die Ziele und Intentionen des Begleitprozesses würden nicht ernst genommen werden.

Am 15.07.2022 wird eine Hybrid Veranstaltung zum Thema Standortvergleich stattfinden, an der alle beteiligten Akteure teilnehmen werden. Frau Steinbrügge bedauere, dass die bisherigen Gespräche kaum Ertrag bringen und BGE sowie BMUV in der Sache nicht auf die A2B zugehen. Die Argumente würden ignoriert. Die Beteiligung werde nach außen hochgehalten aber nach innen nicht gelebt werde. Es brauche jetzt politische Entscheidungen zum Standortvergleich.

Frau Steinbrügge berichtet, dass in den letzten Tagen keine Spenden zur Ukrainehilfe mehr eingegangen sind. Es wurden jeweils 146.883,43 € an die Nothilfen von ARD und ZDF weitergeleitet.

TOP 29 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 18, 5 i GO)

Herr Krell fragt an, welche Maßnahmen vom LK getroffen werden und welcher Austausch zum Schutz der kritischen Infrastruktur stattfindet. Er sorge sich aufgrund der aktuellen Lage in der Ukraine um den Schutz der Infrastruktur der Energieversorgung.

Frau Steinbrügge antwortet, dass die Frage über das Protokoll beantwortet werde. Sie versichere, dass sich der Landkreis mit dem Thema befassen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Katastrophenschutzstab des Landkreises beschäftigt sich mit dieser Thematik seit Beginn des Krieges. Zur Vorsorge hinsichtlich der verschiedenen Auswirkungen des Krieges arbeiten mehrere Arbeitsgruppen. Die entsprechenden Einrichtungen und Unternehmen außerhalb des Landkreises überprüfen aufgrund der aktuellen Lage zurzeit in eigener Verantwortung ihre bestehenden Planungen und passen diese ggf. an.

Herr Ganzauer schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.